



Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

📅 23.04.2012

SOZIALES

Report zur Armutsgefährdung von Familien veröffentlicht

Sozialministerin Katrin Altpeter hat am Montag in Stuttgart den Report zur Armutsgefährdung von Familien in Baden-Württemberg vorgestellt. Danach ist etwa jede siebte Familie im Land armutsgefährdet. Die Studie wurde im Auftrag des Sozialministeriums von der Familienforschung (FaFo) im Statistischen Landesamt erstellt. Nach den Worten von Ministerin Altpeter hat die Familienforschung Armutsverläufe von Familien in dieser Tiefe erstmals untersucht, auch hinsichtlich der Dauer der Armutsgefährdung und der Armutsgefährdung in verschiedenen Phasen des Familienzyklus. Der Report sei damit ein erster bedeutender Baustein für die in der Koalitionsvereinbarung beschlossene Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Sie soll abhängig von den Haushaltsmitteln gegen Ende der Legislatur erstmals vorliegen, sagte die Ministerin.

Altpeter: „Nachhaltige Politik zur Armutsprävention setzt fundiertes Wissen über die Lage der Familien in unserem Land voraus.“ Vorgesehen sei pro Legislaturperiode ein ausführlicher Armutsbericht, der jeweils durch aktuelle Studien wie den vorliegenden Report ergänzt werde. Die Ministerin teilte mit, dass alle wichtigen sozialen Akteure im Land zugesagt hätten, in einem Beirat zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg mitzuwirken. Die erste Sitzung des Beirats finde in genau einer Woche statt, so die Ministerin.

In aller Kürze berichtete Ministerin Altpeter über die wichtigsten Ergebnisse des FaFo-Reports, der von Dr. Carmina Brenner, Präsidentin des Statistischen Landesamtes, ausführlich erläutert wurde.

Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse des Reports

- Die Armutsgefährdung von Familien im Land (siehe Hinweise am Ende des Textes) liegt mit 15 Prozent, etwas höher als von Personen, die ohne Kinder leben (12 Prozent)
- Besonders häufig armutsgefährdet sind Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Familien mit Migrationshintergrund.
- Familien sind öfter und auch häufiger dauerhaft armutsgefährdet als Haushalte ohne Kinder.

- Im Verlauf des Familienzyklus steigt die Armutsgefährdung erst an, erreicht ihren Höhepunkt in der mittleren Familienphase (ältestes Kind 10-17 Jahre) und sinkt dann wieder ab. Am geringsten ist das Armutsrisiko für Familien mit älteren Kindern.
- Armutsgefährdung von Familien in Baden-Württemberg ist überwiegend von kurzer Dauer. Gleichzeitig gibt es jedoch unter den Familien einen Kern von 5 Prozent, die über 5 Jahre hinweg langfristig armutsgefährdet sind.
- Bei armutsgefährdeten Paaren mit Kindern überwiegen maximal einjährige Armutsphasen. Dagegen sind Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Familien mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig dauerhaft armutsgefährdet.
- Ereignisse, die zu Armutsgefährdung führen können, sind zum Beispiel eine Trennung bzw. Scheidung oder die Geburt eines Kindes. Ein Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen im Haushalt ist ebenfalls häufig mit dem Beginn einer Armutsgefährdung verbunden.
- Umgekehrt ist eine Arbeitsaufnahme nach Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit häufig mit einem Ausstieg aus einer Phase der Armutsgefährdung verknüpft.

Politische Schlussfolgerungen aus dem Report

Sozialministerin Altpeter zieht aus den Ergebnissen des Reports zur Armutsgefährdung von Familien im Land die Schlussfolgerung, dass eine nachhaltige Politik zur Armutsprävention und Armutsüberwindung aus einem Bündel an Maßnahmen bestehen muss. Neben finanziellen Transfers gehörten dazu in erster Linie die Arbeitsmarktintegration der Eltern, Bildung sowie Betreuungsangebote für Kinder. Dass Baden-Württemberg unter den Ländern bei der Armutsgefährdung einen hinteren Rang einnehme, sei für die betroffenen Familien kein Trost. Deshalb sei es erklärtes Ziel der Landesregierung, der Armut von Familien entgegenzuwirken.

Der Report weise nach, dass die Armutsgefährdung von Kindern ein Ergebnis vermindelter Erwerbs- oder Einkommenschancen der Eltern ist. „Von zentraler Bedeutung zur Bekämpfung von Kinderarmut ist deshalb die Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt.“ Mit dem Konzept „Gute und sichere Arbeit“, dessen Umsetzung jetzt anlaufe, habe das Sozialministerium bereits eine gute Grundlage auch für die Armutsbekämpfung geschaffen. Es enthalte z.B. einen Baustein zur Förderung der Teilzeitausbildung von alleinerziehenden Frauen und unterstütze damit gerade jenen Personenkreis, der besonders armutsgefährdet ist. Der Report zeigt, dass jede dritte Alleinerziehende in Baden-Württemberg dauerhaft oder wiederkehrend armutsgefährdet ist.

Altpeter: „Der Armutsreport ist für mich auch eine Bestätigung dafür, dass unser neuer Kurs in der Arbeitsmarktpolitik richtig ist.“

Erwerbstätigkeit müsse aber auch ausreichend entlohnt werden, um eine Familie ernähren zu können. Sie habe dazu bereits eine Initiative im Bundesrat für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eingebracht, so die Ministerin.

Der Arbeitsmarktintegration der Eltern diene auch der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, der von der Landesregierung mit großem finanziellem Engagement vorangetrieben werde. Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen würden allein in diesem und im kommenden Jahr um 640 Mio. Euro erhöht auf insgesamt 921 Mio. Euro.

Weitere politische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung bei Familien und Kindern seien finanzielle Transferzahlungen. Die Sozialministerin nannte beispielhaft das Mehrlingsgeburtenprogramm oder das Landeserziehungsgeld. „Dass es richtig ist, junge und einkommensschwache Familien gerade in der finanziell schwierigen familiären Frühphase zu unterstützen, wird durch den Report bestätigt.“

Ergänzende Hinweise:

Familienreport vier Mal im Jahr

Im Auftrag des Sozialministeriums erscheint viermal im Jahr der Report „Familien in Baden-Württemberg“ als Online-Publikation. Die einzelnen Berichte behandeln jeweils ein aktuelles familienpolitisches Thema und stellen hierzu die wichtigsten Daten dar. Der Report zur Armutsgefährdung ist ein erster Baustein für den künftigen Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg.

Beirat zum Armuts- und Reichtumsbericht

Die erste Sitzung des Beirats, der gemeinsam mit dem Ministerium die Inhalte des ersten Berichts erarbeiten soll, findet statt am 30. April 2012. Zum Beirat gehören die Liga der Freien Wohlfahrtspflege, Landessenorenrat, Landesfamilienrat, Landesfrauenrat, Städtetag, Landkreistag, Gemeindetag, Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesvereinigung der baden-württembergischen Arbeitgeberverbände, Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg, und die berührten Ministerien.

Armutsmessung

Armutsgefährdung meint im Rahmen dieses Reports relative Einkommensarmut. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass armutsgefährdet ist, wessen Einkommen bei weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens (gemessen am Median) der Gesamtbevölkerung liegt. Ab diesem Schwellenwert geht man von einem erhöhten Armutsrisiko aus. Der Gedanke dahinter ist, dass unterhalb von diesem Schwellenwert die Menschen über so geringe Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Land, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist, also eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr möglich ist. Diese Definition von Armutsgefährdung wurde von der EU-Kommission entwickelt und wird auch auf Bundesebene im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung verwendet.

Quelle:

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Link dieser Seite:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/report-zur-armutsgefaehrdung-von-familien-veroeffentlicht-1>